

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 58 (1978)
Heft: 10

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

BERICHT AUS LAGOS

Lagos ist nicht wiederzuerkennen

Ich war vor 19 Jahren hier, als die Regionen Nigerias die innere Autonomie erhielten, bevor im folgenden Jahr, 1960, das ganze Land in einem feier-fröhlichen Staatsakt durch die britische Prinzessin Margaret in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Lagos war damals eine quirlige Hauptstadt mit einem berühmten Folkloremarkt. Die selbständigen resoluten Händlerinnen in ihren bunten Imprimé-Kleidern – mit einem Churchill-Porträt auf der Brust oder der Königin mit Prinz Philipp auf dem Hinterteil – bestimmten nicht nur den Charakter der qualmend-feuchtwarmen schwarzen Stadt, die sich zwischen Palmen und einer wuchernden Regenwaldflora vom mächtig anbrandenden Ozean über die Lagune ins Landesinnere erstreckt, sondern beherrschten auch die Finanzen dieses Teils der nigerianischen Ökonomie. Sonst wurde in Lagos das gemächliche ante-bellum-Leben im englischen Kolonialstil geführt. Whisky, von dienstfertigen, zu leiser Aufwartung erzogenen Boys serviert, im rassen-separierten Club bei aufkommender Brise zur Stunde der Dämmerung («Wenn die Sonne sinkt, tanzt ganz Afrika», schwärmte Frobenius), vorher eine Partie Golf, danach das Dinner bei Freunden in einem der schönen, in weiten Parks eingelassenen countryhouses («Nirgends ist England

so schön wie in seinen Kolonien»):
dolce vita africana.

Tempi passati . . .

Heute ist Lagos zu einer der äusserlich amerikanisierten Riesenstädte der Dritten Welt geworden, die auf die sich ungestüm vermehrende Bevölkerung des Landes einen unwiderstehlichen Sog ausüben und darum überborden: Slums, Kanisterhütten, Schutt-abladen – soweit der Blick reicht. Auf meine Frage, wieviel Einwohner Lagos habe, antwortet ein Botschafts-angehöriger: «Drei Millionen schreiben wir in unseren Informationsblättern, andere behaupten fünf; acht ist wohl übertrieben.» Vor 20 Jahren lebten hier ein paar Hunderttausende.

Angelockt vom Traum des schnellen Verdienstes und grossen Glücks, berauscht von den Wundern der Zivilisation, verführt von der freieren, ungebundenen Lebensweise strömen die jungen Menschen in die Städte, in unstrukturierte Massenagglomerationen, die wenig mit den – aus Bürgerfleiss, Bürgerfreiheit und Bürgerstolz entstandenen – europäischen Städten gemein haben, die freilich die wichtige Funktion erfüllen, als soziale Mischkessel zu wirken. Menschen, die einander «fremd», d. h. durch keine Bluts- und Stammesbande verpflichtet sind, lernen miteinander auskommen, zusammenarbeiten und -leben; sie hei-

raten über die angestammten Sozialgrenzen hinweg und schlüpfen damit buchstäblich in eine neue Haut. In Lagos ist das schneller als in jeder anderen Stadt Schwarzafrikas gegangen.

Die gemütliche Kolonialstadt hat heute eine amerikanische Skyline aufgesetzt bekommen, die eine imposante Hochhauscity konturiert. Eine sechsspurige Stadtautobahn führt ins Zentrum, über zwei immer verstopfte Riesenbrücken; das Verkehrschaos ist unübersehbar, dem Standard asiatischer Riesenstädte vergleichbar. Amerikanische Hotels vom Hiltontyp – jene abscheulichen, nicht hoch genug zu preisenden Inseln der westlichen Zivilisation, die den Reisenden auch an abgelegenen Punkten der Erde in die globale Kommunikation mit einbeziehen, jene wahren Kolonisationsleistungen des 20. Jahrhunderts – ermöglichen dem Fremden, an dem unkontrollierten nigerianischen Wirtschaftsaufschwung teilzunehmen. Zwei Ereignisse waren für diese Umformung der Bundeshauptstadt von Nigeria massgebend. Erstens hat die Regierung Gowon unmittelbar nach dem Sieg im Biafra-Bürgerkrieg versucht, durch eine unverstellte Versöhnungspolitik die aufgerissene Kluft zwischen den verfeindeten Regionen zu überbrücken. Dadurch sind Wunden geheilt worden, obschon die intelligenten, handelstüchtigen und fortgeschrittenen Ibos noch heute beklagen, dass ihnen der angemessene Anteil an Regierung und Verwaltung vorenthalten wird. Das Werk des nation-building ist durch eine Verwaltungsreform fortgeführt worden, die gleichsam nach napoleonischem Vorbild die gewachsenen stammesmäßig gegliederten vier Regionen – Nord-

West und Nord-Ost: Haussa; West: Yoruba; Ost: Ibo – zugunsten einer departementalen 19-Bezirke-Einteilung aufgelöst hat. 1958 schrieb ich: «So seltsam es klingt, ich bin mehrere Wochen lang durch Nigeria gestreift, aber Nigerianer habe ich keine kennengelernt.» Ich zitierte darauf den damaligen Ministerpräsidenten der Westregion, Awolowo, der in seinem Buch «Path to Nigerian Freedom» in Anlehnung an Metternichs Äusserungen über Italien schrieb: «Nigeria ist nicht eine Nation. Es ist nur ein geographischer Begriff. Es gibt keine Nigerianer. Darum müssen wir einen föderativen Staat mit starken Regionalregierungen aufbauen.» Dieser Staat ist im Bürgerkrieg (1966 bis 1970) verglüht. Der von den nachfolgenden Militärregierungen unter den Generälen Gowon (abgesetzt Juli 1975), Mohamed (ermordet Februar 1976) und Obasonjo umgegliederte Bundesstaat soll nach 13 Jahren wieder unter zivile Autorität gestellt werden; für 1979 ist die Zulassung neuformierter Parteien und die Abhaltung von Wahlen vorgesehen. Die Zentralregierung wird gestärkt, eine neue Hauptstadt soll binnen zehn Jahren – Brasilia ähnlich – im Landesinneren errichtet werden. Ob das hinreicht, die erstrebte nationale Einheit zu begründen, die vorerst nur von einem verhältnismässig kleinen Prozentsatz von Interessierten – Angehörigen der Regierung, Verwaltung, Gewerkschaften, Parteien und der Wirtschaft und Intellektuellen mit national-romantischen oder ideologischen Anschauungen – aktiv getragen wird, lässt sich nicht voraussagen. Manche hoffen, andere fürchten, dass nach einem Scheitern solch eines De-

mokratisierungsexperiments das Militär erneut die Macht übernimmt.

*

Der zweite Faktor, der für die Verwandlung von Lagos massgeblich geworden ist, besteht darin, dass Nigeria seit Beginn dieses Jahrzehntes zur Ölgrossmacht avancierte und heute der viertgrösste Exporteur der OPEC und Amerikas zweitgrösster Öllieferant geworden ist. Das hat einen unerhörten Wirtschaftsboom eingeleitet, der durch die internationale Ölschwemme der letzten zwei Jahre gebremst, aber nicht unterbrochen worden ist, der schwere Probleme für eine mit solchen Schwankungen nicht eingestellte Wirtschaft aufwirft, dem Land aber doch eine sichere ökonomische Zukunft verheisst.

Die idealistische Euphorie der Anfang sechziger Jahre, die sich auf die Gründung und Schaffung eines modernen demokratischen Musterstaates bezog, ist einem hektischen Geldstreben gewichen. Die Gemütlichkeit ist dahin; es herrscht Goldgräberstimmung, letztes Viertel 20. Jahrhundert. Der Ölsegen hat gewaltige Kräfte entfesselt, nicht nur positive. Der Kapitalismus kann – fast ungehemmt von modernen sozialbezogenen und staatlich garantierten Schranken – seinem dynamischen Eigengesetz folgen. Die Wirtschaft arbeitet auf Hochdruck und mit Hochleistungen. Die Bautätigkeit ist seit Jahren und auch jetzt während der temperierteren Konjunktur und sogar trotz eines generellen Baustopps überhitzt – mit entsprechenden Fehlplanungen wie der Bestellung von 20 Millionen Sack Zement auf einen Schlag, einem Viel-

fachen von dem, was am Hafen von Lagos gelöscht werden konnte. Vom Hotelhochhaus zu sehen: 80 bis 100 Frachter, die, im Gänsemarsch aufgereiht, vor dem Hafen mit seinen unzureichenden Liegeplätzen und Entladegeräten auf Abfertigung warten, oft wochenlang. Das VW-Montagewerk in Lagos entlädt sein Material in Containern per werkeigenen Helikoptern, die sie zur Fabrik fliegen. Investoren, Unternehmer, Kaufleute, Vermittler machen goldene, zuweilen auch ruinöse Geschäfte. Phantastische Projekte – bis hin zum Atomkraftwerk, das für spätere Generationen Öl sparen soll – werden in Angriff genommen, manche bleiben liegen. Ungeheure Gewinne werden erzielt – mit entsprechend ungezügelter und verschwenderischem privaten und staatlichen Konsum, der Ausmasse erreichte, die genügten, einen Offiziersputsch gegen Gowon auszulösen. Die Dividendenausschüttungen mussten zuzeiten auf 30 Prozent begrenzt werden. Ellenbogentypen und Profiteure geben der Stadt einen ungewohnten Charakter. Als die Regierung als Folge der Dollarschwäche und der Ölschwemme, gegen die sich andere Länder wie Libyen und Algerien in Haussezeiten durch weniger günstige aber langfristige Verträge besser abgesichert hatten, sparen musste, kaufte sie Renaultlimousinen als Ersatz für die aufwendigeren Mercedes, die dann an Privatleute mit entsprechenden Gewinnmargen verkauft wurden. Die Korruption blüht; man kolportiert, dass in einzelnen Regimentern für Hunderte im Bürgerkrieg gefallener Soldaten noch immer der Sold an ungetreue Vorgesetzte ausgezahlt wird. Inkompetenz und Ineffizienz halten

der afrikanischen Improvisationsgabe die Waage. Eine seit Tagen von mir bestellte Rundfunkleitung für eine Überspielung nach Köln anlässlich der Reise des deutschen Bundeskanzlers war für die falsche Stunde, am falschen Ort, im falschen Studio gebucht, wurde dann aber über abenteuerliche Umwege dank guter privater Beziehungen zu den Kollegen in Rom und London doch in wenigen Minuten geschaltet, was in Europa unmöglich wäre.

Der folgenschwerste Planungsirrtum betrifft die einst blühende Landwirtschaft, die noch Ende der sechziger Jahre über 80 Prozent der Exporterlöse erwirtschaftete. Nigeria war der grösste Palmölproduzent der Welt, der zweitgrösste Kakaohersteller, ein international bedeutender Kautschukexporteur. Mitte der siebziger Jahre deckte das Land nicht einmal mehr seinen agrarischen Eigenbedarf; die Erdnussernte, einst der Reichtum des Nordens, sank auf ein Drittel. Diese rückläufige Entwicklung steht mit der Abwanderung aus den Dörfern in Zusammenhang. Die sozialen Auswirkungen dieser Bewegungen sind verhängnisvoll. Die gewaltigen Öleinnahmen fliessen in die verschiedensten staatlichen und privaten, legalen und illegalen Kanäle; am wenigsten partizipiert der kleine Mann. Mit 300 Dollar pro Kopf Einkommen ist Nigeria trotz Reichtums ein armes Land. Das Stadt-Land-Gefälle mit Durchschnittseinkünften von 2200 bzw. 120 Dollar weist auf ungeheure Sozialprobleme hin. Die Militärregierung unter dem soliden, wenn schon nicht eben ausstrahlenden General Obasanjo versucht die Landwirtschaft wieder in Schwung zu bringen und damit die fast

zur Ölmonokultur eingeschrumpfte Wirtschaft zu diversifizieren; doch die verbalen Investitionsappelle an die Reichen fruchteten wenig; in der Stadt läuft das Geld schneller um, ist der Gewinn grösser.

*

Dieses wirtschaftlich mächtige, politisch noch nicht gefestigte Nigeria ist nun mit seinen 75 bis 80 Millionen Einwohnern (das nächstgrosse Land Äthiopien zählt 35 bis 40 Millionen) und seiner kampffgeprüften, wenn auch aufgeblähten und ungenügend ausgerüsteten 200 000-Mann-Armee der volk-, öl- und damit einflussreichste Staat Schwarzafrikas. Die aussenpolitische Stellung, die das Selbstbewusstsein der Nigerianer stärken und damit zur Konsolidierung der nationalen Einheit beitragen soll, findet ihren Ausdruck in einer lebhaften Reisediplomatie – mit den Besuchen Jimmy Carters (April 1978) und Helmut Schmidts (Juni 1978) als Höhepunkten; beide Veranstaltungen waren Premieren, erste Visiten eines amerikanischen bzw. eines deutschen Bundeskanzlers in Schwarzafrika.

Die Absicht beider Politiker bestand gleichermassen darin, Nigeria aufzuwerten und ihm damit internationale Verantwortung aufzubürden, wodurch dieser grosse Staat zu einer gemässigten, der Friedenssicherung verpflichteten Politik gezwungen werden soll. Sowohl Carter wie Schmidt hatten es – vor allem gegenüber einer kritischen bis feindseligen Presse – schwer, ihre Ziele durchzusetzen. Beide betonten, dass sie die Bedeutung Nigerias für die afrikani-

schen und die Weltgeschäfte hoch veranschlagten.

Carter: Es ist kein Zufall, dass sich unsere Nation jetzt in beispielloser Weise Afrika zuwendet und mit Ihrem Land...

Schmidt: Es ist kein Zufall, dass ich zuerst in Ihr Land komme...

Carter: Ich komme aus einem grossen Land, um ein grosses Land zu besuchen.

Schmidt: Dieses grosse Land... ist eines der politisch wichtigsten des afrikanischen Kontinents.

Sowohl der Präsident wie der Kanzler messen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Nigeria grosse Bedeutung bei; beide betätigen sich als agile Agenten der heimischen Volkswirtschaften. Beide haben eine den schwarzafrikanischen Interessen weit entgegenkommende Afrikapolitik, vor allem gegenüber Namibia, Rhodesien und Südafrika skizziert. In dem umfangreichen deutsch-nigerianischen Communiqué wurde bis nach Asien übergegriffen, um die Stellung der «Grossmacht» Nigeria zu dokumentieren, der sogar Interessen am Nahost-Konflikt zuerkannt werden; Nigeria stellt ein UN-Bataillon im Libanon.

Bundeskanzler Schmidt meldete aus gesteigertem Selbstbewusstsein deutsches Interesse an Afrika an. Die Bundesrepublik treibe keine Machtpolitik, sie strebe keine Einflusszonen an und handle nur in Abstimmung mit den EG-Partnern, betonte er Mal für Mal, aber nur um herauszustellen, dass ihr nicht nur aus blossen ökonomischen Gründen an friedlichen Verhältnissen bzw. friedlichem Wandel in dieser Europa so eng verbundenen Weltgend gelegen sei,

sondern dass sie zur Sicherung des Friedens auch ihr Teil beizutragen gedanke, dass sie also präsent sein und Einfluss nehmen wolle – unter ausdrücklichem Ausschluss militärischen Engagements. Kurz: Der wirtschaftliche Riese kann kein politischer Zwerg sein, er übernimmt Verantwortung.

Der Kanzler gab deutlich zu erkennen, dass er in Nigeria wenn nicht schon einen Freund, so doch einen zuverlässigen Partner gewinnen möchte, auf dessen Einfluss bei Konfliktregelungen, bei Stimmabgabe in den UN, der OAU usw. oder als Interventionsmacht in Krisenzonen, zum Beispiel im Falle eines Eingreifens «ausserafrikanischer Mächte» wie der Sowjetunion oder Kuba er rechnen könne; dabei hielt Schmidt mit seiner Kritik an einzelnen Aktionen der nigerianischen Regierung nicht zurück, ob es sich um Unterzeichnung von propagandistischen Resolutionen gegen die Bundesrepublik handelt, um die Nichtzurückweisung verantwortungsloser Gerüchtemacherei und systematischer Desinformation, etwa wegen der angeblichen nuklearen und militärischen Zusammenarbeit mit Südafrika, oder um offenkundig unrealistische Forderungen an Bonn (Unterbruch, zumindest Drosselung des Handels mit und Rücknahme der Investitionen aus Südafrika, mit dem doch sogar afrikanische Staaten zusammenarbeiten).

Die anfangs zurückhaltend reagierenden Nigerianer haben sich schliesslich dem Auftreten und den Argumenten von Schmidt nicht entzogen; sogar die Medien urteilten nach Abschluss des Besuchs verständnisvoll. Das unvorhergesehene Erscheinen des Staatschefs auf dem Flughafen wäh-

rend eines bloss technischen Aufenthaltes auf dem Rückflug drückte Einverständnis und Respekt aus. Die deutsche Delegation verliess das Land mit dem Eindruck, dass die nigerianische Regierung in der bevorstehenden

schwierigen Phase der vom Ost-West-Konflikt überschatteten afrikanischen Politik sich als stabilisierende und mässige Kraft erweisen wird.

Peter Coulmas

DEUTSCH – WELSCH

Abgesehen von der Jurafrage, die ihre ganz besonderen, Aufbau und Zusammenhalt unseres Bundesstaates gefährdenden Schärfen in die natürlichen Auseinandersetzungen zwischen Gliedern der Schweizer Familie hineingetragen hat, wird die schweizerische Staatsschöpfung dafür gerühmt, ohne Beeinträchtigung der Eigenständigkeiten den Ausgleich zustande gebracht zu haben, der für ein erspriessliches Zusammenleben Voraussetzung ist. Insbesondere tut man sich einiges darauf zugut, sehr im Unterschied zu andern Staaten mit verschiedenen sprachigen Bevölkerungen, hierzulande keinen Sprachenstreit zu kennen.

Zerstörung einer Illusion?

Wie gesagt: es sei jetzt nicht vom Jura die Rede. Er ist in den letzten Jahren bis hinein in den jüngsten eidgenössischen Urnengang um die Anerkennung eines neuen Schweizer Kantons im Nordjura bis zum Überdross unbewältigter Gesprächsgegenstand gewesen. Man hat zur Kenntnis nehmen müssen, dass es auch in unserer Musterdemokratie Kunden gibt, die vor keinem noch so sorgsam gehüteten

Tabu zurückschrecken, wobei allerdings die jurassische Separation bei näherem Zusehen nur am Rand von der Sprachenfrage berührt wird. Was diese Trennung so schwierig macht, ist gerade der Umstand, dass der ebenfalls französischsprachige Süden des 1815 von den europäischen Mächten zum alten Bern geschlagenen neuen Landesteils mehrheitlich seine Bernstreue bekundet und mehrfach die feste Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht hat, keinesfalls die Berner Regierung gegen eine Regierung in Delsberg einzutauschen.

Aber es gibt bei allen Unterschieden im einzelnen – der Jura, dessen Bevölkerung zu keiner Zeit einfach der Westschweiz zugerechnet werden konnte, ist ein einmaliger Sonderfall und bleibt hoffentlich ein solcher – auch andernorts immer wieder empfindliche Reaktionen auf zu wenig überlegte Entwicklungen im deutsch-welschen Sprachbereich. Sie können nicht ohne Gefahr für das erspriessliche Zusammenleben unter den Tisch gewischt werden, sollten vielmehr mit Behutsamkeit analysiert und mit der nötigen Entschlossenheit gemeistert werden.

Alarm im Bundeshaus

Ein jüngstes Alarmzeichen gab das vor Jahresfrist eingereichte und in der kürzlichen ausserordentlichen Aprilsession der eidgenössischen Räte begründete Postulat des freisinnigen Waadtländer Nationalrates Jean-Pascal Delamuraz, das um mehr Verständnis für die sprachlichen Minderheiten, namentlich in der Bundesverwaltung, ersucht.

Wie der Syndic der Stadt Lausanne vor unserer Volkskammer ausführte, seien die Kenntnisse einer zweiten Landessprache im allgemeinen zurückgegangen. Gleichzeitig schwelle die – vornehmlich deutsch konzipierte – Papierflut in und aus der Bundesverwaltung in einem von den Übersetzern kaum mehr zu bewältigenden Ausmass an. Das führe einerseits dazu, dass das Deutsche mehr und mehr zur «offiziellen Sprache» aufsteige. Auf Kosten des Französischen und Italienischen. Das Überhandnehmen der deutschen Sprache werde begleitet von einer sich immer deutlicher manifestierenden Untervertretung der Beamtschaft aus Westschweiz und Tessin. Jedenfalls sei diese Erscheinung in den Kaderstellen festzustellen. Der Postulant ersuchte den Bundesrat, zunächst einmal eine Einschätzung der Lage vorzunehmen und dann Massnahmen vorzuschlagen, die das Verständnis unter den Sprachgruppen erhalten sowie dem «lateinischen Geist» den ihm gebührenden Platz in der Bundesverwaltung auf lange Sicht zu sichern hätten.

Im Detail wurde diese Darstellung des Problems mit einigen bemerkenswerten Erläuterungen versehen. Bei-

spielsweise, dass es selbst im Eidgenössischen Parlament um die Sprachkenntnisse heute alles andere als gut bestellt sei. Mancher Deutschschweizer setze sich mit seinen vorgegebenen guten Französischkenntnissen sehr zu unrecht aufs hohe Ross. Im Interesse des gegenseitigen Verständnisses täte er besser, die angebotene Simultanübersetzung wahrzunehmen, statt diese demonstrativ zu verschmähen. Jedenfalls müsse der welsche Redner immer wieder feststellen, dass er missverstanden werde. Delamuraz flocht an diese Bemerkung den geistreichen, aber letztlich nachdenklich stimmenden Kalauer: «*Les Suisses s'entendent bien parce qu'ils ne se comprennent pas*», was in einer mangels Finessen der deutschen Sprache unvollkommenen Übersetzung besagt, dass die Schweizer deshalb gut miteinander auskommen, weil sie sich nicht verstehen!

Zur behaupteten Untervertretung der sprachlichen Minderheiten wurde aufgrund einer flüchtigen Konsultation des Eidgenössischen Staatskalenders insbesondere hervorgehoben, dass, während die «Romandie» zumindest in den höheren Rängen der Beamtenhierarchie untervertreten erscheine, namentlich das bernische Element in der Beamtschaft ein deutliches Übergewicht habe. So denke das eidgenössische Bern immer einseitiger deutsch...

Nicht neu – aber zur Prüfung entgegengenommen

Der oberste Personalchef des Bundes, Finanzminister Georges-André Chevallaz, erklärte sich namens des Bun-

desrates bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Kommentarlos. Den Kommentator haben allerdings einige Volksvertreter aus dem deutschsprachigen Landesteil angefügt, wobei es von bezeichnendem Unbehagen zeugte, dass von ihnen weniger die Sache als die Form der Intervention kritisiert wurde. Schliesslich ist denn auch das Postulat ohne Gegenstimme überwiesen worden.

War der Gegenstand damit für das Parlament insoweit erledigt, als nun der Bericht des Bundesrates und seine allfälligen Anträge abgewartet werden müssen, hat sich die welsche Presse damit keineswegs zufrieden gegeben. In der Sommerpause ist die Auseinandersetzung von ihr neu angefacht worden. Es war von Querverbindungen zwischen dieser Frage und der Jurafrage die Rede. Es wurde auch die uneinsichtige Haltung des kantonalen Bern und der Behörden der Bundesstadt gegenüber der französischen Schule in dieser Stadt, die vom Postulanten nur marginal berührt worden war, mit aller Schärfe kritisiert. Bern scheine sein «génie bilingue», das ihm bei der Gründung des Bundesstaates 1848 den Vorsprung vor andern Bewerbern um den Sitz der Bundesbehörden gegeben hat, verloren zu haben.

Die Vorwürfe sind nicht neu. Sie haben auch das Parlament früher schon beschäftigt und haben am 14. Juni 1950 zu einem ausführlichen Bericht des Bundesrates geführt. Die Ausführungen, die der damalige Bundespräsident Max Petitpierre vor dem Nationalrat machte, als er eine Interpellation Hirzel (freis. Waadt) in gleicher Sache zu beantworten hatte, stellen einiges richtig.

Zahlenvergleiche

Der Neuenburger Petitpierre konnte, gestützt auf statistische Erhebungen, gegenüber gleichlautenden Vorwürfen darlegen, dass die immer wieder in Zweifel gezogene «gerechte Vertretung» der sprachlichen Minderheiten in der Bundesverwaltung, so diese als ein Ganzes betrachtet wird, kaum krass verletzt erscheint. Nach den Volkszählungsergebnissen von 1941 einerseits und einer verwaltungsinternen Erhebung andererseits, die Mitte der 40er Jahre über die Aufteilung der Beamten nach Sprachgruppen vorgenommen worden war, präsentierten sich die Verhältnisse damals wie folgt:

	Schweizer Bevölkerung	Bundes- verwaltung
Deutsch	73,9 ‰	74,1 ‰
Französisch	20,9 ‰	18,7 ‰
Italienisch	3,9 ‰	6,4 ‰
Romanisch	1,1 ‰	0,7 ‰

Die Relationen haben sich seither, wie eine Gegenüberstellung der Volkszählungszahlen von 1970 zu einer Erhebung des Eidgenössischen Personalamtes aus dem Jahr 1972 dartut, nicht grundlegend verändert. Jedenfalls nicht zu Ungunsten der welschen Beamtenschaft:

Deutsch	74,5 ‰	71,1 ‰
Französisch	20,1 ‰	19,0 ‰
Italienisch	4,0 ‰	7,6 ‰
Romanisch	1,0 ‰	0,9 ‰

Hier wie dort fehlen die Angehörigen «anderer Muttersprache» in der Statistik. Sie können übergangen werden. Wesentlicher erscheint die Verschiebung, die sich ergibt, wenn man die Sprachgruppen für die «Allgemeine Bundesverwaltung» (Departemente)

aussondert und von der Darstellung der Situation in den beiden grossen Regiebetrieben PTT und SBB trennt. In der Zentralverwaltung weist das deutschsprachige Element gegenüber dem französischsprachigen einen deutlicheren Vorsprung auf. 76,5 Prozent der Beamten der Departemente sind deutscher Muttersprache, während nur 15,4 Prozent französischsprachiger Herkunft sind. Umgekehrt scheint die welsche Schweiz namentlich in den PTT-Betrieben über eine besser gehütete Domäne zu verfügen, stehen hier doch nur 68,8 Prozent Deutschschweizern 22,8 Prozent Welsche gegenüber.

Aber es ist ja nicht diese Streuung im gesamten – über alle Gehaltsstufen, unter Einschluss der dezentralisierten Verwaltungsposten – von den Kritikern Hirzel und Delamuraz zum Anlass ihrer Beanstandungen genommen worden. Beide haben sich vielmehr über die ungenügende Berücksichtigung der «Romands» bei der Besetzung der führenden Posten in der Verwaltung aufgehalten. – Auch hierzu können neuste Zahlen produziert werden, die auf einer Rückfrage beim Personalamt beruhen. Dieses hat für 1977 eine Ausscheidung nach Sprachgruppen für die Beamten der beiden ersten Besoldungsklassen und der «Überklasse» vorgenommen, die mit einer entsprechenden Erhebung aus den 40er Jahren verglichen werden kann. Darnach beläuft sich der Anteil der Spitzenbeamten deutscher Zunge in der Zentrale heute auf 73,2 Prozent (40er Jahre: 71,8 Prozent), wogegen gegenüber damals im gleichen Zeitraum der welsche Anteil von 24,5 auf 21,0 Prozent gefallen ist. Immerhin kann man wohl noch immer nicht von

einer der Wohnbevölkerung krass zuwiderlaufenden Vertretung sprechen.

Zahlen sagen nicht alles

Nur sagen Zahlen nicht alles. So wies Bundespräsident Petitpierre seinerzeit darauf hin, dass – obwohl von den damaligen neun in der Überklasse eingestuftten Dienstchefs kein einziger französischer oder italienischer Muttersprache war – in jenen frühen Jahren das welsche Element in der Armeeführung stark vertreten und im diplomatischen Dienst sogar «übergewichtig» war. Diesbezüglich sind inzwischen in beiden Richtungen Wandlungen eingetreten.

Noch bemerkenswerter erscheint immer noch, was damals über die Beweggründe von höchster Warte angeführt wurde: Der «Romand» fühle sich von Bern, wie nicht übersehen werden dürfe, weniger angezogen als der Schweizer aus anderen Landesteilen. Die Sprachenfrage scheine dabei eine Rolle zu spielen. Es sei offenbar von grösserer Bedeutung, dass als Umgangssprache in der Bundesstadt wie im übrigen deutschsprachigen Landesteil nicht die «Hochsprache», sondern Dialekt gesprochen wird. Hierin sei eine massgebliche Ursache der Abneigung des Westschweizers gegen eine Verpflanzung in die deutsche Schweiz zu erkennen. Besonders wenn er Kinder im Schulalter hat, scheue der Welsche davor zurück, eine Anstellung in Bern anzunehmen, ja er nehme zuweilen sogar, so sich als Alternative zu einer Beförderung in der Bundeshierarchie die Rückkehr auf einen bescheideneren Posten in seiner angestammten Heimat anbietet, eine «Rückstufung» in Kauf.

Es wurden noch andere Beweggründe, die als Erklärung für eine welsche Untervertretung dienen mögen, angeführt. So die geringere Neigung des Welschen für eine Beamtenlaufbahn. Aber selbst das besondere bernische Klima, das mit zunehmendem Alter an Föhntagen immer schwerer auszuhalten ist, wurde heraufbeschworen, um für eine bernisch dominierte Bundeszentralverwaltung Verständnis zu wecken. Kommt dazu die menschliche Schwäche, dass ein Chef sich gerne mit einem Stab umgibt, mit dem er sich gut versteht, ist das Bild bald einmal abgerundet, das damit zwar nicht richtiger, aber vielleicht eher begreiflich wird.

Malaise Romand?

Verlassen wir mit dieser Bemerkung die kritisierten Verhältnisse in der Bundesverwaltung und in der Bundesstadt Bern. Sie sind ja nur ein – allerdings nicht nebensächlicher – Aspekt des Verhältnisses Deutsch/Welsch, wie es von Zeit zu Zeit zur Sprache kommt.

Der Chronist erinnert sich aus seiner langjährigen Tätigkeit eines Berichterstatters im Bundeshaus, die er noch im letzten Weltkrieg als Anfänger im Zeitungsberuf und mit bernischem Wesen völlig unvertrauter Ostschweizer angetreten hat, verschiedener Auseinandersetzungen um diese Kernfrage eidgenössischen Zusammenlebens. In seiner darüber angesammelten Dokumentation finden sich deutliche Schwerpunkte aus den Jahren 1955/56 und aus der Mitte der 60er Jahre. Beidemal ist von einem «malaise romand» gesprochen worden, das ob einer unterschiedlichen

politischen Beurteilung von Tagesfragen zum Ausbruch gekommen ist.

«Malaise» – die Erscheinung wird mit dem Begriff Unbehagen übersetzt und ist auf den ersten Blick weniger schwer zu nehmen als der «Graben» zwischen Deutsch und Welsch, der zu Beginn des Ersten Weltkriegs die beiden Partner einander entfremdet hat. Damals war ein ernstliches Auseinanderleben wegen der zutage getretenen Sympathien der deutschen Schweiz für Deutschland und der kaum weniger verhüllten Neigungen der französischen Schweiz zu Frankreich zu befürchten. Als die Krise auf ihrem Höhepunkt war, hat Carl Spitteler am 14. Dezember 1914 vor der Ortsgruppe Zürich der Neuen Helvetischen Gesellschaft seine berühmte Rede «Unser Schweizer Standpunkt» gehalten.

In die geistige Verwirrung, die damals herrschte, hat der Dichter als empfindsamer Mahner die nüchterne Frage nach der Richtung hineingesprochen, die das Schweizervolk einschlagen wolle: «Wollen wir oder wollen wir nicht ein schweizerischer Staat bleiben, der dem Ausland gegenüber eine politische Einheit darstellt? ... Wenn ja, dann müssen wir inne werden, dass die Landesgrenzen auch für die politischen Gefühle Marklinien bedeuten. Alle, die jenseits der Landesgrenze wohnen, sind unsere Nachbarn, und bis auf weiteres liebe Nachbarn; alle, die diesseits wohnen, sind mehr als Nachbarn, nämlich unsere Brüder. Der Unterschied zwischen Nachbar und Bruder ist ein ungeheurer ...»

Es ist zur Besinnung gekommen. Die Zerreißprobe ist uns erspart geblieben. Verglichen mit damals er-

scheinen die Meinungsverschiedenheiten, die einige Jahrzehnte später ausgetragen wurden, geringfügiger Natur. Und doch waren sie gerade wegen des verhältnismässig belanglosen Charakters der erhobenen Kritik, die zu keiner echten Krise führen konnte, so wenig wie die heutigen Auslassungen auf die leichte Schulter zu nehmen.

Es waren zum einen die Begleiterscheinungen der Wiederwahl des kommunistischen Arztes Armand Forrel aus Nyon in den Nationalrat im Oktober 1955, die in der deutschen Schweiz Aufsehen erregten: Dass ein Kommunist auch von Bürgerlichen derart begeistert gefeiert wurde, führte hier zu Äusserungen des Zweifels an der welschen Zuverlässigkeit. Zum andern führte die unterschiedliche Beurteilung der jurassischen Separatisten dies- und jenseits der Saane im Westen unseres Landes fast zwangsläufig zur Frage, ob die vorgegebene Dominierung des französischsprachigen Juras durch das deutschsprachige Altbern nicht auch gesamtschweizerisch ihre Parallelen habe.

Klärung im Gespräch

Eingeleitet durch die «Kantonaltage» der EXPO 64, die manchen Welschschweizern die Vielfalt der weitgehend unbekannt gebliebenen deutschschweizerischen Kantone hinter dem grossen Zürich erstmals bewusst machten, ist es zum Gespräch über die Sprachgrenzen gekommen. Hervorgehoben zu werden verdient ein Volkshochschulkurs an der Universität Zürich im Wintersemester 1964/65, welcher dem Deutschschweizer «la Suisse ro-

mande face aux problèmes de notre temps» bewusst zu machen suchte. Es sind vom berufenen westschweizerischen Referenten ebenso sehr die Anstrengungen des wirtschaftlich zurückgebliebenen Landesteils, den Rückstand aufzuholen, geschildert wie Unterschiede der Denkart in Ost und West herausgearbeitet worden.

Für die meisten Hörer und ebenso für alle Leser war es wohl eine Überraschung, mit der Tatsache konfrontiert zu werden, dass hüben und drüben der Werdegang der Demokratie ein ganz anderer gewesen: Im alemannischen Bereich das unmittelbare Engagement im Gemeindeleben, das aus der Tradition der genossenschaftlichen Selbstbestimmung herausgewachsen ist, während im welschen Bereich entsprechend dem abstrakteren Verhältnis des «Lateiners» zum Staat von rationalistischer Warte aus an die Gegenwartsfragen herangetreten wird. Mit zwei Schlagzeilen ausgedrückt: Hier das Verharren im Hergebrachten, dort eine betont welt-offene Haltung, die auch dem Kontakt mit dem politisch Befremdlichen nicht ausweicht, so es nur eine menschliche Note hat.

Das Missverständnis einer «Romandie»

Doch bleibt ein Missverständnis zu klären: es ist gegen den Irrtum anzugehen, dass die «Romandie» eine geschlossene Einheit bilde. In der aus Anlass des Rücktrittes als Delegierter des Bundesrates für Arbeitsbeschaffung und wirtschaftliche Kriegsvorsorge, Dr. Fritz Hummler, geschaffenen Denkschrift haben seine Freunde

unter dem Titel Ostschweiz/Westschweiz 1965 eine Reihe Aufsätze veröffentlicht, die von Hummlers eigenem Bemühen um den Brückenschlag zwischen den beiden Landesteilen, in denen er je zur Hälfte sein aktives Leben zugebracht hat, diktiert sind. In dieser Reihe sucht der welsche Dichter Maurice Zermatten eine Antwort auf die Frage, ob es einen «*défaitisme romand*» gebe. Er kommt zum Schluss, dass es überhaupt keine «Romandie» im eigentlichen Sinn des Wortes gebe.

Wohl gibt es ennet der Saane eine Million Schweizer, deren Muttersprache das Französische ist. Aber bis zum Beginn des letzten Jahrhunderts, bis zur Französischen Revolution, gab es keine «Romands». Es gebe auch heute im Westen unseres Landes Menschen, die in erster Linie Genfer, Neuenburger, Walliser, Waadtländer, Freiburger und Welschberner seien. Gemeinsamkeiten bestünden mehr in der Abwehr deutschschweizerischer Einflüsse als in echter innerer Übereinstimmung. Wo eine solche besteht, wäre sie auf den welschen Intellektuellen beschränkt, der sie in Frankreich bezogen habe. Die breite Bevölkerung im Welschland sei schlicht im Schweizerischen verwurzelt und kenne den vielbeschworenen welschen Defaitismus nicht.

Noch deutlicher wird der Welschlandkorrespondent Roberto Bernhard, der in einem im Februar 1970 im «St. Galler Tagblatt» veröffentlichten grösseren Beitrag zur welschen Daseinsproblematik auf dasselbe Phänomen zu sprechen kommt. Bernhard, selber Halbtessiner mit ausgezeichnetem Kenntnis sowohl der westschweizerischen wie der deutschschweizeri-

schen Presselandschaft, wirft den von Zermatten schon anvisierten, für die Stimmungsmache verantwortlichen welschen Intellektuellen eine Grundhaltung vor, die alles, was nicht welsch ist, als «a-lemanisch» abstemple. Interessant ist seine, gestützt auf welsche Kronzeugen wiedergegebene Diagnose, die als Wurzel der Vorurteile ein grosses Minderwertigkeitsgefühl dieser Kreise identifiziert.

Es dient der Sache kaum, auf solchen Erkenntnissen herumzureiten. Auch dann, wenn sie von Welschen selber gefunden wurden, werden sie nicht gern zur Kenntnis genommen.

Die Verpflichtung Berns

Wie immer die in den Sprachrohren der Westschweiz geäusserte Kritik zustandekommen mag, es wäre wohl verhängnisvoll, sie zu leicht zu nehmen. So lange gerade die Repräsentanten der Westschweiz, die in der Bundesstadt von Berufs wegen an den Fäden weben, die unseren Bundesstaat zusammenhalten sollten – Bundesbeamte und welsche Bundeshausjournalisten –, Anlass zum Eindruck haben, dass nicht alles getan wird, kein «Exil»-Gefühl aufkommen zu lassen, hat man sich hier zu überlegen, was besser gemacht werden sollte. Es ist in diesem Zusammenhang von der welschen Schule in Bern zu sprechen, die ewiger Stein des Anstosses ist.

Nur gegen grösste Widerstände ist es seinerzeit möglich geworden, die von der welschen Kolonie in Bern im April 1944 als Privatschule ins Leben gerufene «Ecole de langue française» leben zu lassen. Stur hat man sich auf das sprachliche «Territorialitätsprin-

zip» versteift, das besagt, dass nur jene Schulen sich staatlicher Unterstützung erfreuen, die in der Ortsprache unterrichten. Vergeblich haben die Promotoren der französischen Schule für die Bundesstadt eine Ausnahme von dieser Regel geltend zu machen versucht. Die einzige Konzession, die schliesslich herausgeholt werden konnte, war die Zusage von besonderen Sprachzulagen für die Kinder eidgenössischer und kantonaler Beamter durch Bund und Kanton Bern. Mit diesen Mitteln werden die Lasten der Welschschweizer Eltern, die ihren Nachwuchs in einer kulturellen Atmosphäre aufwachsen lassen wollen, die einigermaßen dem Ort der Herkunft entspricht, etwas gemildert. Die Verhältnisse an der welschen Schule im Berner Monbijouquartier sind aber nach wie vor so prekär, dass es immer wieder zu entrüsteten Darstellungen in der von welschen Bundeshauskorrespondenten bedienten Presse kommt.

Gewiss: es gibt neben der streng juristischen Auslegung des heiligen Territorialitätsprinzips auch sachliche Einwände, die nicht einfach übergangen werden dürfen. Beispielsweise den Einwand, dass eine «Standesschule» schweizerischen Grundauffassungen widerspreche und deshalb nicht noch staatlich gefördert werden dürfe. – Es ist ebenfalls auf die Bieler Erfahrungen hinzuweisen: In dieser zweisprachigen Stadt war, so lange Deutschbieler und Welschbieler in denselben Klassen sassen, die sich zusammenlebten und zusammenstritten, ein besseres Einvernehmen festzustellen als heute, da es ein deutsches und ein welsches Gymnasium gibt.

Es sollte aber wohl doch das vor-

dringliche Bestreben sein, Anlässe zu jedwelchem Ressentiment abzubauen. Früher ist Bern, das einst sogar zweisprachige Strassenschilder kannte, grosszügiger gewesen. Ja, was kaum mehr bekannt ist: bis in die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts hat es in dieser Hauptstadt eines zweisprachigen Kantons schon eine französische Schule gegeben, die sich staatlicher Unterstützung erfreute. Das war damals eine Selbstverständlichkeit. Kein Mensch hat sich daran gestossen, bis in einer Epoche bernischen «Nationalbewusstseins» die Schule aufgehoben wurde.

Bereicherung

Unsere Schweiz ist ein mehrsprachiges Land. Es ist in Artikel 116 der Bundesverfassung festgehalten, dass das Deutsche, Französische und Italienische gleichberechtigte Amtssprachen sind. Mit der Verfassungsrevision von 1938 ist auch das Rätoromanische in den Rang einer «Nationalsprache» erhoben worden. Die verschiedenen Sprachen haben uns, abgesehen von den Entgleisungen separatistischer Heisssporne, nie dauerhaft einander zu entfremden vermocht. Das gemeinsame politische Schicksal hat unseren Bundesstaat bis jetzt durch alle Fährnisse der Zeit hindurch zu bewahren vermocht.

Die Verankerung in mehreren Kulturkreisen hat sich als Bereicherung, nicht als Belastung erwiesen. Wie die welsche Art dem Deutschschweizer Mahnung ist, seine Beflissenheit nicht auf die Spitze zu treiben, schöpft auch der Welsche aus unserer Art manche Anregung, sich auf die Erfordernisse

einer sich wandelnden Zeit in pragmatischer Weise einzustellen. Beides tut not. «Bern» müsste vielleicht nur noch besseren Nutzen aus dem natürlichen Spannungsverhältnis zu ziehen wissen, das sich aus den differierenden Auffassungen und Tendenzen er-

gibt. Damit es das tun kann, bedarf es auch einer ausgewogenen Beamtenhierarchie, deren Infragestellung Anlass zu diesen Ausführungen war.

Arnold Fisch

ETTER HEINI, SCHWARZE SPINNE UND WEINMARKTSPIELE

Zu Freilicht- und Laienspielen dieses Sommers

Der Sommer hat sich – in seiner zweiten Hälfte – von der besten Seite gezeigt. Leben im Freien war möglich, die Freibäder hatten Hochbetrieb, das Matterhorn auch, und die Theaterleute wagten sich mutig aus den geschützten Räumen hinaus auf Strassen und Plätze. Ich habe kurz nacheinander drei Inszenierungen besucht, die für die Lebendigkeit und die Kraft des Laienspiels in unserem Lande zeugen: das *Lehrertheater Möhlin* mit einer selbst erarbeiteten Adaption der «Schwarzen Spinne» (nicht als Freilichtspiel zwar, aber immerhin in der zum Theater umgewandelten Rössli-Schüür, für deren Besuch die Veranstalter «warme Kleider» empfehlen), die *Luzerner Weinmarktspiele* (diesmal im Rahmen der Internationalen Musikfestwochen) und den «*Etter Heini*» auf der St.-Peter-Hofstatt in Zürich. Dass die Schweiz eine ehrwürdige Theatertradition hat, wird in diesen letzten beiden Fällen nicht durch Geschichtslektionen, sondern durch die Wiederbelebung alter Spielvorlagen vermittelt. Dabei ist die Sprachform des Mittelhochdeutschen wichtig, ein historisierendes Element.

Sowohl in Luzern wie in Zürich zeigt sich, dass es den Laienspielern eher besser im Munde liegt als etwa das Bühnendeutsch. Es liegt näher bei der Mundart und ist dennoch eine Kunstsprache, die eine gewisse Stilisierung des Ausdrucks erlaubt. In Luzern übrigens, wo man Ausschnitte aus verschiedenen mittelalterlichen Spielen zusammengestellt hat, liess Josef Elias das Gleichnis vom verlorenen Sohn durch Mitglieder des Stadttheaters darstellen, und prompt bekam das Mittelhochdeutsch im Munde professioneller Schauspieler jene geschliffene Perfektion, die ihm nicht so recht angemessen scheint. Die Laienspieler bewegten sich weit natürlicher in der altertümlichen Sprache.

Verwunderlich ist mir hingegen, dass die Lehrer von Möhlin, die seit zwanzig Jahren ihr eigenes Laientheater aufgebaut haben, seit kurzem mit einem eigenen Haus eben in der Rössli-Schüür, und die unter Heini Kunz, dem Gründer und Leiter des Unternehmens, nun auch eine eigene Bühnenversion der «Schwarzen Spinne» herausgebracht haben, dafür nicht die Mundart wählten. Sie sprechen Hoch-

deutsch, mit mehr oder weniger Erfolg, teils erstaunlich rein und ausdrucksicher, teils aber auch mit dem gutgemeinten Pathos, das nur im Dorftheater so noch anzutreffen ist. Weil die Möhlner Lehrer alles andere als Dorftheater der anspruchslosen Art machen, sondern ernstzunehmende, starke Wirkungen erreichende Inszenierungsarbeit leisten, scheint mir die Scheu vor der Mundart fehl am Platz. Gerade die Dramatisierung der Novelle von Gotthelf wäre ein Anlass gewesen, Mundart zu sprechen.

«Die schwarze Spinne»

Der Schauplatz ist die Rössli-Schüür selbst, für dieses Spiel geradezu ideal. *Heini Kunz* hat zudem eine Form für den Stoff gefunden, die aus den Gegebenheiten zusätzliche Wirkungen gewinnt. Mauerwerk und rohe Balken, wie sie vor und über dem Zuschauer in bewundernswerter alter Zimmermannskunst gefügt sind, stehen für die Behausung, den bergenden Ort. Das erste Bild, das Taufi-Essen, reiht die Bäuerinnen, Mägde, Bauern und an einem quer über die Bühne gestellten langen Tisch auf, in Sonntagstracht Knechte frontal gegen das Publikum und strahlend vor Lebensfreude. Wenn die Frauen sich in die Küche zurückziehen, um Kaffee zu kochen, setzen sich die Männer zu einer Pfeife Tabak zusammen. Ungern und zögernd gibt der Alte auf eine Frage Auskunft, die nach den alten Überlieferungen und auf den Holznagel im Gebälk zielt. Aus der Erzählung des Alten geht dann alles unmittelbar in Spiel und dramatische Handlung über. Der Grüne erscheint den ratlosen Bauern,

die unter den unmenschlichen Forderungen des Schlossherrn seufzen. Christine, die Lindauerin, zählt auf die List, mit der man den Teufel schliesslich täuschen werde. Aber das Unheil bricht über die armen Leute herein, der schwarze Tod rafft sie dahin.

In einfachen Szenen folgt die Bearbeitung dem Text Gotthelfs, bis sich Bärbel für ihr Kind opfert. Individuelle und kollektive Verhaltensweisen werden von der Möhlner Spielschar herausgearbeitet, Furcht und Feigheit, Zuversicht, Mut, auch der kleinmütige Versuch, sich vor aller Verantwortung zu drücken. Und deutlich wird da auch der erschreckend fremdenfeindliche Zug in Gotthelfs Geschichte: alles Unheil kommt von einer Fremden, von der Lindauerin. Hätte man nicht auf sie gehört, man wäre verschont geblieben. Dem widerspricht niemand, besonders nicht, nachdem Christine dem Grünen zum Opfer gefallen ist.

Die Inszenierung überzeugt durch ihre Natürlichkeit. *Joseph Strebel*, seit den Anfängen als Bühnenbildner und manchmal auch als Spieler dabei, erzielt mit geringfügigsten Mitteln, was zum Ablauf der Szenenfolge gebraucht wird: Bauernkate und Schlossgemach, Feld und Wald. Was mit einer Tanzgruppe versucht wurde, nämlich die Herrschaft des schwarzen Todes choreographisch zu gestalten, ist nicht nur stilistisch ein Fremdkörper; die monotonen Sprechchöre dazu sind sprachlich zu dünn und haben nicht die suggestive Kraft, die sie haben müssten. Der Wunsch, sichtbar zu machen, was bei Gotthelf erzählt wird, ja selbst einen mittelalterlichen Totentanz zu gestalten, hat hier zu Lösun-

gen geführt, die nicht recht stimmen wollen.

Das ist eine Einzelheit, respektgebietend immerhin als Wagnis, ungewohnte Wege zu gehen. Und im ganzen ist der Eindruck stark. Eine Spielergemeinschaft, die – sich ständig erneuernd – seit zwanzig Jahren am Werk ist, baut hier auf Erfahrungen und auf der Kenntnis der eigenen Möglichkeiten weiter. Die Faszination des Rollenspiels, wie sie der Laienspieler erfährt, überträgt sich auf den Zuschauer.

«Weinmarktspiele»

In der Theatergeschichte der Schweiz sind die Luzerner Osterspiele auf dem Fischmarkt, später Weinmarkt genannt, von besonderer Bedeutung auch darum, weil man genau weiss, dass die Stadt einen Teil der Unkosten übernahm. Eine «Bruderschaft der Bekrönung unseres lieben Herrn Jesu Christi» war die Veranstalterin. Theater stand im Dienst religiöser Erziehung und Ermahnung, es war von geistlichen und weltlichen Obrigkeiten gefördert und von der Bürgerschaft tatkräftig mitgestaltet. *Josef Elias* hat es mit der diesjährigen Wiederaufnahme der Weinmarktspiele unternommen, dem Publikum Luzerner Kultur- und Theatergeschichte zu vermitteln. Er hat also nicht ein geschlossenes Beispiel jener alten Dramen ausgegraben und inszeniert, sondern die ganze Aufführung zu einer szenischen Information über geistliches und weltliches Theater im Luzern des 16. Jahrhunderts gestaltet. Ein Vorspiel im Stadttheater macht den Zuschauer mit dem reich gespickten Programm bekannt.

Sämtliche Rollenträger sind auf der Bühne versammelt, die Bordellmutter, von *Margrit Winter* temperamentvoll gemimt, führt ihre Dirnen in die Verhältnisse ein und lässt Vertretern der Bürgerschaft das Wort zu erklärenden Bemerkungen. Dann formiert sich der Zug der Spielleute und Musikanten, der Zuschauer und der Gaukler, um gemeinsam über die Rathausbrücke auf den Weinmarkt zu ziehen.

Dies ist vielleicht die originellste und zugleich aufschlussreichste Anordnung der diesjährigen Luzerner Spiele. Theater wird hier für Augenblicke zur Selbstdarstellung einer Gemeinschaft, zu einem Fest des Sich-Zeigens und des Schauens. Man hätte alle Ursache, darüber etwas länger zu verweilen und nachzudenken. Aber die Zeit drängt: auf dem Weinmarkt sind zwei Spielorte, einander gegenüber, aufgebaut, so dass die Zuschauer sich einmal in diese und einmal in die andere Richtung setzen müssen. Gezeigt werden Ausschnitte aus dem *Osterspiel* von *Renward Cysat*, ferner das Spiel vom *Verlorenen Sohn* von *Hans Salat* und endlich die Komödie «*Der Wunderdoktor*» von *Zacharias Bletz*. Schade ist nur, dass – wie man hört, aus feuerpolizeilichen Gründen – der Weinmarkt nicht so genutzt werden durfte, wie es die Überlieferung genau angibt: als Simultanbühne nämlich mit all den «Orten», die vom Paradies über die Erde bis in die Hölle reichen. Die Gerüste für die Spieler, die vor dem Haus zur Sonne und über dem schönen Brunnen in der Platzmitte errichtet waren, zwar mit Treppen und Podesten in mehrere Ebenen gegliedert, hemmen die Bewegung spürbar. Andererseits gelingt es *Elias*, auch unter diesen Bedingungen starke,

einprägsame Bilder zu stellen. Vor allem die Szenen aus Cysats Osterspiel haben in ihrer naiven Direktheit zu überzeugen vermocht.

«Etter Heini – ein nüwes spil vom wol und übelstannd eyner loblichen Eydgnossenschaft»

Anders als in Luzern der Weinmarkt ist in Zürich die St.-Peter-Hofstatt voll in ihren räumlichen Möglichkeiten genutzt. Das Publikum ist auf der Freitreppe vor der Kirche postiert, der Platz und die einmündenden Gassen stehen der grossen Spielerschar frei zur Verfügung. Und *Franziska Kohlund* hat es verstanden, mit viel Musik, mit Beschwingtheit und ausladenden Gängen die hochmoralische Geschichte von der endlichen Einsicht der Eidgenossen in drohende Verderbtheit und von ihrem ehrenwerten Entschluss zur Umkehr höchst vergnüglich zu inszenieren. Die Teufel bemühen sich zwar schrecklich, Regungen zum Guten im Keim zu ersticken. Ihre Ränke haben auch fast Erfolg; aber der Rat der Weisen, die auf einem Schiff angefahren kommen, ist dennoch stärker. Die Landsgemeinde entscheidet, dass Zucht und Genügsamkeit fortan wieder die Grundlagen des Bundes sein sollen.

Eine ausgeklügelte Lichtregie verstärkt die ohnehin vorhandene Stimmung auf dem schönen Platz. Gespannt folgt man den Auftritten, die sich oft durch Lärm und lautes Gerede ankündigen, bevor die Akteure ins Blickfeld treten. Die Spieler bewegen sich unverkrampft. Mit der mittelhochdeutschen Sprache kommen sie prächtig zurecht und scheinen es,

als Teufel zumal, so recht zu genießen, einmal ganz unflätig-altertümlich zu fluchen. Zweifellos ist, was da in knapp zwei Stunden vorgeführt wird, nur entfernt mit dem zu vergleichen, was 1538 vor sich ging, als *Jakob Ruff* sein Spiel von *Etter Heini* zum erstenmal vorstellte. Stundenlang sass man vor dem Spektakel, ja es gibt selbst Spiele, die auf zwei Tage berechnet waren. Behörden und Bürgerschaft nahmen daran teil, es gab Speis und Trank in den langen Pausen. Aber wenn hier unseren raschlebigeren Gewohnheiten Rechnung getragen worden ist, so bleibt doch der Geist des Spiels erkennbar. Dass das Zürcher Theater der Reformation eine politisch-agitatorische Spitze hatte, wird dabei ebenfalls deutlich.

Die bekannte Geschichte

Tendiert, was Laien gern spielen, zur «bekannten Geschichte»? Es fällt doch auf, dass sowohl die Möhliner Lehrer als auch die Spielleute von Luzern und von Zürich zu traditionellen Stoffen gegriffen haben, zu Stoffen auch, deren Figuren und Handlung man als wohlbekannt voraussetzen darf. «*Die schwarze Spinne*» ist jedem Schulkind vertraut. Und was die Weinmarktspiele betrifft, so ist ja das Osterspiel, das die Genesis ebenso wie die Passion in die szenische Darstellung einbezieht, schon in der Zeit der Entstehung dieser Dramatisierungen als Inhalt Allgemeinbesitz selbst jener Leute, die keine Bücher lesen. Das Gleichnis vom verlorenen Sohn darf ebenfalls als allgemein bekannt vorausgesetzt werden. Mithin also scheint das Lientheater von frühen Anfän-

gen an bis auf unsere Tage eine Vorliebe für Vorlagen zu haben, die im Publikum keinesfalls als neu empfunden werden. Die Rollenträger schlüpfen in die Gestalten und Figuren, die unsere Phantasie ohnehin beschäftigen. Verlebendigt wird, was in Schule und Religionsunterricht gelehrt worden ist. Das Lehrertheater Möhlin macht da allerdings scheinbar eine Ausnahme. Hier war von Anfang an der Wille spürbar, auch zeitgenössisches Theater zu machen, das im Dorf zweifellos noch weit weniger bekannt war als in den Städten. 1958 spielten sie in Möhlin «Ein Inspektor kommt» von Priestley, dann den «Regenmacher» von Nash, und in der Liste der realisierten Inszenierungen bis auf das Jahr 1978 sind selbst Mrozek, Pinter, Brecht, Diggelmann und Muschg als Autoren vertreten. Aber das, was man als «Welttheater», als «Jedermannspiel» bezeichnen könnte, nimmt dennoch den breiteren Platz ein und zeigt vor allem auch die Tendenz zum moralischen Appell anhand allgemein bekannter Stoffe und Figuren. Von Hofmannsthal spielten sie «Der Tor und der Tod», von Diego Fabbri «Der Prozess Jesu», von Max Mell «Das Apostelspiel», wieder von Hofmannsthal das «Salzburger Grosse Welttheater», von Calderon «Das Leben ein Traum» und von Christopher Fry «Ein Schlaf Gefängener». Das ist eine imponierende Reihe von Inszenierungen, die erkennen lässt, wohin das Laientheater in seiner gehobenen, ernst zu nehmenden Form tendiert. Es geht darum, die Lebensführung grundsätzlich anzuschauen und in Beispielen Grundsituationen des Menschen zu erkennen. Wie verhält er sich im Unglück, wie angesichts des Todes? Was

hat er vorzuweisen, wenn er vors Gericht gerufen wird?

Die Moral von der Geschichte

Die moralische Lehre ist wichtig, ein wichtiger Teil des Theatererlebnisses, und dies offenbar für Spieler sowohl wie für Zuschauer. In «*Etter Heini*» hat das sogar eine aufklärerische Note. Der Rat der sieben Weisen, der Landammann möge in einer grossen Landsgemeinde das Volk selbst über sein Heil oder sein Verderben abstimmen lassen, ist ein frühes Zeugnis des Glaubens an die Macht der Vernunft. Die ausgeklügelten Künste der Hölle haben dagegen keine Chance, wie das Spiel zeigt. Reformatorische Strenge und Schlichtheit, Ehrfurcht vor den wissenschaftlichen Disziplinen und der Autorität der Gelehrten wird da ausgespielt gegen Wollust und Völlerei, Geldgier und Leichtsinn. Das richtet sich im Spiel von Jakob Ruff, der im Kappeler Krieg auf der Seite Zwinglis gekämpft hat, polemisch gegen den katholischen Teil der Schweiz, dem der Autor alle diese Laster vorwirft. Sein Stück ist gewissermassen eine Standpauke, die auf die Mündigkeit der Zuhörer und Zuschauer zählt. Anders die Spiele von Cysat und Salat. Auch bei ihnen entfaltet sich die böse Wollust, auch bei ihnen wird geprasst, Reichtum verschwendet und Unzucht getrieben, weil der Mensch eben sündig ist. Die Teufel lachen sich dabei ins Fäustchen, und das Theater jagt dem frommen Zuschauer einen schönen Schrecken ein, wenn er sieht, wie sich der Satan auf seine Beute freut. Auch das, kann man sagen, ist eine moralische Lektion. Nur zählt sie

nicht auf die Mündigkeit des Volkes, sondern auf seine Ängste.

Was die Laienspieler und ihre Zuschauer seit je, im 16. Jahrhundert so gut wie noch im zwanzigsten, gefesselt hat, ist die Lust, dem Kampf zwischen Gut und Böse beizuwohnen, Voyeur zu sein, wenn Dinge geschehen, die über das Schicksal der Betroffenen entscheiden. Das war ja schliesslich schon in Athen nicht anders. Die Mythen waren bekannt, das Personal der Tragödien war keinem neu, der ins Theater ging. Zuzuschauen, wie Bekanntes seinen Lauf nimmt, zu sehen, wie der eine leidet und der andere triumphiert: darauf basiert die starke Wirkung des Theaterspiels.

Schauplätze

Den drei sehr verschiedenartigen Aufführungen scheint mir gemeinsam, dass sie ihren eigenen Schauplatz haben. Ich meine damit nicht die Dekoration, nicht die Arbeit des Bühnenbildners. Schauplatz meint hier den Winkel der Stadt, den Platz und die Häuser darum herum, die alte Scheune im Dorf. Es ist nicht etwa störend, wenn rund um die St.-Peter-Hofstatt einige Fenster erleuchtet sind oder wenn eine Bewohnerin, von der Zuschauertribüne aus gesehen, hinter den Akteuren unter ihrer Haustür steht und selbstverloren zuschaut. Al-

les das ist Umgebung des Spiels, ist Schauplatz, zu dem schliesslich auch die Zuschauer selbst gehören. Eine Sache der Einwohner, der Bürger, sind solche Spiele seit je gewesen. 1538 sollen der Maler Hans Asper, der Buchdrucker Froschauer und der nachmalige Bürgermeister Thomann mitgespielt haben. Am schönsten kommt darum, was ich meine, in dem glücklichen Einfall von Josef Elias zum Ausdruck, Spieler und Publikum vor dem Stadttheater zu einem Umzug zu formieren. Eine Gemeinschaft spielt sich selbst, eine Stadt ist der äussere Rahmen, und das Thema ist unser Leben.

Eins freilich frage ich mich. Man verfügt heute über Lichtquellen, die bezaubernde Wirkungen erlauben. Man kann einzelne Figuren wie in ein Medaillon gefasst aus der Dunkelheit herausholen, man kann sie verfolgen, kann den Scheinwerfer über die Fassaden und die Dachgiebel wandern lassen. Das konnte man zur Zeit der Weinmarktspiele und des Zürcher Reformationstheaters noch lange nicht. Man musste bei Tageslicht spielen. Was zum Beispiel auf der St.-Peter-Hofstatt mit Scheinwerfern an Wirkung erreicht wird, danken wir der modernen Technik. Ich bin geneigt, in diesem Fall von Fortschritt zu reden.

Anton Krättli